

- 6. Mai 1971

Ab 1. Juli 1970 neue Anschrift:

8 München 34
Bayer. Staatsbibliothek
Abhofach
Postscheckkonto bleibt unverändert

RUNDSCHREIBEN 1970/3

60. Deutscher Bibliothekartag

Vom 19. bis 23. Mai 1970 fand in Augsburg der 60. Deutsche Bibliothekartag statt. Der 19. Mai war den internen Arbeitssitzungen der Vorstandsgremien der beiden tagenden Vereine, des VDB und des VdDB, sowie den Kommissionsitzungen vorbehalten. Die öffentliche Sitzung der Kommission für Ausbildungsfragen des VDB, in der die Kommission ihren Entwurf eines Stoffplanes für die Ausbildung des gehobenen Dienstes an wissenschaftlichen Bibliotheken zur Diskussion stellte, war stark besucht, und es entwickelte sich eine ausgiebige Aussprache darüber. Das abendliche Treffen fand in dem überfüllten Ratskeller des Rathauses statt, da sich weit mehr Tagungsteilnehmer als erwartet in Augsburg eingefunden hatten. Vor weit über 700 Teilnehmern eröffnete der Vorsitzende des VDB, Bibliotheksdirektor Professor Dr. Schmidt-Künsemüller, Kiel, im ehemaligen Goldenen Saal des Rathauses namens beider Verbände die Tagung. Er konnte wiederum zahlreiche Ehrengäste und Vertreter von Ministerien, Behörden, Kirchen, Körperschaften und Verbänden sowie bibliothekarische Vertreter aus 12 Nationen begrüßen. Der Redner erläuterte das Motto der Tagung „Die moderne Bibliothek“, wobei er feststellte, daß das lange Zeit führend gewesene deutsche Bibliothekswesen durch die rasche Technisierung und Rationalisierung der großen Länder in die zweite Linie geraten sei. Diesen Vorsprung des Auslandes gelte es aufzuholen. Er wies darauf hin, daß der nunmehr im 70. Jahr stehende VDB enorme Umwälzungen und Entwicklungen erlebt habe und noch vor sich sehe. Daher müßten auch neue Ausbildungsrichtlinien für den bibliothekarischen Beruf entwickelt werden.

Er erläuterte diese Notwendigkeit durch einen Blick in die Zukunft mit dem Hinweis, daß eine moderne Bibliothek nach Methoden moderner Betriebsführung geleitet werden müsse, um ein Instrument schneller und vollkommener Wissensvermittlung zu sein, wobei sich die Frage erhob, ob das Buch eines Tages nicht gänzlich durch Magnetspeicher und Bildschirm verdrängt werden würde. Diese neuen Prinzipien und weitgehende Spezialisierung würden jedenfalls auch zu einer Neuorientierung des bibliothekarischen Berufs zwingen. Den Allround-Bibliothekar als bisheriges Leitbild dieses Berufes werde es deshalb künftig kaum noch geben.

Ministerialdirektor Dr. Boeck richtete als Vertreter der Kultusministerkonferenz und des bayerischen Kultusministeriums Grußworte an die Festversammlung, ebenso Bürgermeister Dr. Kötter als Vertreter der Stadt. Für die IFLA sprach der Generalsekretär Mr. Thompson, London, und für die ausländischen Gäste Dr. Reedijk von der Kgl. Bibliothek Den Haag. Anschließend hielt Dr. Kluth, Bremen, einen außerordentlich gut fundierten Vortrag über das Thema „Gibt es eine Bibliothekswissenschaft?“. Danach sprach Dr. Bellot, Augsburg, über „Augsburg als Druckerstadt“, wobei er ein umfassendes und eindrucksvolles Porträt der Stadt aus historischer Sicht vermittelte.

Der Wortlaut dieser beiden Festvorträge wird in der ZfBB nachzulesen sein, ebenso wie die Vorträge und Referate der am Freitag tagenden Arbeitsgruppen, so daß hier lediglich der Ablauf der Tagung skizziert zu werden braucht.

Zahlreiche Besichtigungen von Fabriken, Firmen und städtischen Anlagen vermittelten den interessierten Besuchern lebhaftere Eindrücke moderner Arbeitsbetriebe auf bibliotheksverbundenen Sektoren.

Die Stadtverwaltung gab am Mittwoch nachmittag für die Vorstände und ausländischen Gäste im Rathaus einen Empfang. Am Donnerstag nachmittag traten die Arbeitsgemeinschaften des VdDB zusammen. Über letztere geben wir in diesem Rundschreiben gesonderte Kurzberichte.

Von den am Freitag tagenden Arbeitsgruppen „Mechanisierung“, „Alphabetische Katalogisierung. Deutsche und internationale Entwicklungen“ und „Erwerbungsfragen“ konnten in diesem Jahr Kurzfassungen der verschiedenen Referate schon vor der Tagung, zusammen mit den Kommissionsberichten des VDB, an alle Mitglieder beider Vereine versandt werden. Diese Vorweginformation ermöglichte den Teilnehmern, sich auf die Referate einzustellen und Fragen vorzubereiten, die jeweils eine fruchtbare Diskussion ermöglichten. Diese Modernisierung des Tagungsablaufes wurde einhellig sehr begrüßt.

In der Schlußsitzung am Freitagnachmittag kamen nochmals die Vorsitzenden der Kommissionen und Arbeitsgemeinschaften mit ihren Berichten zu Wort; die Berichte unserer beiden vereinsinternen Kommissionen, durch Frau Tiedemann und Herrn Schröder vorgetragen, werden wegen ihrer Bedeutung für unseren Berufsstand ebenfalls in diesem Rundschreiben im Wortlaut veröffentlicht. Nachdem Dr. Kluth in Vertretung des verhinderten Prof. Krieg namens der Ausbildungskommission des VDB die Vorschläge der Kommission für den Entwurf eines Stoffplanes für die Ausbildung des gehobenen Dienstes erläutert hatte, gab überraschend Prof. Dr. Borngässer, Berlin, im Namen der Leiter der Bibliotheksschulen in Hannover, Frankfurt und München, der Generaldirektoren der Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz und der Deutschen Bibliothek (beide sind dem Bund unterstellt) und einiger Direktoren aus Baden-Württemberg eine Erklärung ab, wonach diese die Grundkonzeption dieses Entwurfes ablehnen! Diese Erklärung löste bei den Zuhörern großes Befremden aus. Es ist zu befürchten, daß durch die Ablehnung der mit viel Energie und Mut zu neuen Wegen entwickelte Entwurf auf halber Strecke steckenbleiben wird, bis der von diesen Schulleitern in Aussicht gestellte eigene Entwurf vorliegt. Zweifellos wird dadurch wertvolle Zeit verloren gehen. Unser Verein wird die weitere Entwicklung wachsam verfolgen und auf eine zügige Weiterverfolgung der neuen Ausbildungstendenzen drängen, nachdem er sich selbst für den vorliegenden Entwurf der VDB-Kommission, an dem er mitbeteiligt war, entschieden hat.

In seinem Schlußwort mit dem Dank an die Augsburger Kollegen gab Prof. Dr. Schmidt-Künsemüller die Stadt Köln als Tagungsort für 1971 bekannt. Im Rahmenprogramm fand am Donnerstagabend ein Kammermusikabend in dem reizvollen Kleinen Goldenen Saal statt. Lebhaftere Resonanz fand auch der Festabend im Ratskeller mit einem originellen rustikalen Buffet, der bei Musik und Tanz zahlreiche Teilnehmer in angeregter Stimmung vereinte. Auch die Ausflugsfahrten am Samstag waren ausgebucht und gaben Gelegenheit zu wertvollen Besichtigungen sowie zu persönlichen und fachlichen Gesprächen. Alles in allem: eine wohlgelungene Tagung.

Mitgliederversammlung 1970

Hierüber soll zur Information der Mitglieder, die an der Tagung nicht teilnehmen konnten, wiederum eingehend berichtet werden. Die Tagesordnung war im Rundschreiben 1970/2 bekanntgegeben worden. Die Mitgliederversammlung, die form- und termingerecht einberufen worden war, wurde am 21. Mai im ehemaligen Goldenen Saal des Augsburger Rathauses um 9.10 Uhr von dem Vorsitzenden, H. Kaller, Karlsruhe, eröffnet mit der Begrüßung von rund 230 Mitgliedern und einigen Gästen, darunter wie alljährlich der Bundesgeschäftsführer des Deutschen Beamtenkartells, ORR Lumm. Die Ehrenvorsitzende, Frau A. Reinhardt, Hamburg, ließ Grüße übermitteln. Sodann gedachte die Versammlung der verstorbenen Mitglieder Marianne Bader geb Schüssler, Mainz; Gerhard Ketschmann, Teheran; Elisabeth

Meyer, Heidelberg; Ilse Schröter, Hamburg; Herta Schwenkner, Freiburg i. Br.; Rosemarie Stitz, Frankfurt a. M.; Walter Wuth, Koblenz.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung erstattete der Vorsitzende zunächst den **Jahresbericht 1969/70** wie folgt:

„Dies ist zugleich der vierte und letzte Jahresbericht des derzeitigen Vorstandes, der sich auch in diesem Jahr nochmals mit ganzem Nachdruck und vollem Einsatz für die Erreichung der Ziele eingesetzt hat, die er sich selbst zu Beginn seiner Arbeit gesteckt hatte. Die Mitglieder wurden zwar in großen Zügen in unseren Rundschreiben immer wieder über unsere Bemühungen informiert; wir konnten jedoch nicht alle Einzelunternehmungen und die ungezählten Korrespondenzen publizieren, mit denen wir uns um die Weiterführung unserer zentralen Probleme bemüht haben. Wir können immer nur wieder feststellen, daß es für einen kleinen Berufsstand ungeheuer schwer ist, sich mit seinen Interessen gegenüber den Masseninteressen durchzusetzen. Wenn wir auch heute zwar noch nicht über endgültige Erfolge berichten können, so glauben wir doch, daß wir nichts unversucht gelassen haben, und daß wir unsere Forderungen bei allen maßgeblichen Instanzen so intensiv ins Bewußtsein gerufen haben, daß diese sich einer Lösung der anstehenden Fragen nicht länger entziehen können und werden. Konkret denke ich dabei primär an unsere Forderung, für die Diplom-Bibliothekare unseres Dienstes im Angestelltenverhältnis zunächst die BAT-Gruppen IVa und III zu öffnen. Hier steht eine Lösung wohl unmittelbar bevor. Auf dem Beamtensektor haben wir uns in einigen Ländern eingeschaltet, um entsprechend der Bundesregelung die Verzahnung in Spitzenämtern von A 12 nach A 13 zu erreichen, die beim Bund und einigen Ländern bereits durchgeführt wurde, in anderen jedoch unserem Dienst noch vorenthalten wird. In Hamburg haben deswegen wiederholte Verhandlungen stattgefunden. In Baden-Württemberg werden unsere Bemühungen nach neuesten Informationen Erfolg haben. Ferner ging es um die Verbesserung von Stellenplänen. In Berlin konnte ein guter Erfolg erzielt werden, zu dem ganz wesentlich die gemeinsamen Bemühungen Berliner Kollegen, der OTV-Landesgruppe Berlin und des Komba beigetragen haben. In Bayern hat Herr Aumüller einen Antrag an den Landtag gerichtet wegen Gewährung einer Stellenzulage für den gehobenen Bibliotheksdienst in Bayern, wie sie verschiedenen anderen Zweigen des gehobenen Dienstes dort bereits zugestanden worden ist. Es wäre recht interessant, auch in dieser Richtung einen Einbruch in eine neue Domäne zu erzielen.

In allen diesen Fragen hat sich Herr Kollege Schröder als Geschäftsführer und als Vorsitzender unserer Kommission für Besoldungs- und Tariffragen in ganz besonders intensiver Weise für unsere Belange eingesetzt. Er war dem Vorstand ein unermüdlicher Berater und aktiver Helfer. Ich möchte ihm an dieser Stelle namens des Vereins ganz besonders danken.

Über Einzelheiten unserer Bemühungen, die ich vorstehend nur allgemein angedeutet habe, wird Herr Schröder anschließend in Ergänzung des Jahresberichts referieren. In gleicher Weise schuldet der Verein Dank auch der Vorsitzenden unserer Kommission für Berufs- und Ausbildungsfragen, unserer stellvertretenden Vereinsvorsitzenden Frau Tiedemann, die ein enormes Arbeitspensum geleistet hat, um unseren Verein an den zentralen Bestrebungen um die Modernisierung und Verbesserung der Ausbildung zu beteiligen. In zahllosen Korrespondenzen und Telefonaten stand Frau Tiedemann in ständiger Verbindung mit mir und den Kollegen ihrer Kommission. Mehrere wichtige Stellungnahmen wurden in gemeinsamer Arbeit von ihr und der Kommission mit erarbeitet. So wurde unser Verein um Stellungnahmen gebeten vom Bundesinnenministerium über Fragen der Eingliederung unserer Berufsausbildung in den Fachhochschulbereich, vom Hessischen Kultusminister über die dort entworfene neue Ausbildungs- und Prüfungsordnung für unseren Dienst. In Hamburg haben Kollegen unseres Vereins an dem von der Hamburger Fachhochschulkommission entwickelten Entwurf eines Lehr- und Studienplanes für den Fachbereich Bibliothekswesen maßgebend mitgewirkt.

An mehreren Konferenzen in Ausbildungsfragen hat Frau Tiedemann und haben weitere Mitglieder des Vereins teilgenommen. Frau Tiedemann wird nachher selbst noch darüber berichten. Wir haben in diesen Fragen auch Kontakt mit dem Verein Deutscher Archivare gepflegt, die sich in einer ähnlichen Situation befinden wie wir. Die Verbindung zum Verein Deutscher Dokumentare ist durch Frau Kämpers nach wie vor gegeben. Auf zentraler Ebene wurden natürlich

diese Fragen auch in der Deutschen Bibliothekskonferenz erörtert, die regelmäßig zweimal jährlich zusammentritt. Im Oktober 1969 fand die Sitzung in Bielefeld statt, im April 1970 in München. An einer außerordentlichen Sitzung im Februar 1970, an der ich nicht teilnehmen konnte, hat mich Frau Tiedemann vertreten. Auf der April-Sitzung habe ich auch in diesem Gremium nachdrücklich auf unsere Forderungen für die Angestellten hingewiesen. Es würde hier zu weit führen, auf die vielen Probleme einzugehen, die im Rahmen der Deutschen Bibliothekskonferenz erörtert wurden. Diese Einrichtung hat sich jedenfalls bisher in sehr positiver Weise weiterentwickelt. Ihr Ziel ist die Koordinierung der bibliothekarischen Arbeit aller Sparten. Wie schon im Rundschreiben berichtet, hat diese gemeinsame Arbeit u. a. ihren bleibenden Ausdruck gefunden in dem „Bibliotheksdienst“ des Deutschen Büchereiverbandes, der seit Januar 1970 als Organ der Deutschen Bibliothekskonferenz herausgegeben wird. Die harmonische und verständnisvolle Zusammenarbeit in diesem Gremium hat dazu geführt, daß die Konferenz beschlossen hat, sich eine eigene Geschäftsordnung zu geben, die auf der nächsten Sitzung beraten werden soll. Für unseren Verein bedeutet diese Entwicklung eine erfreuliche Zunahme seines Ansehens und eine volle Anerkennung seiner berufsständischen Arbeit; sie hat ihn aus seinem isolierten Dasein in die große bibliothekarische Gemeinschaftsarbeit hineingeführt, die sich zweifellos weiterhin günstig für ihn auswirken wird. Die Vorsitzenden der Ausbildungskommissionen der Verbände wurden als eigenes Gremium zu regelmäßigen Sitzungen berufen, bei denen Frau Tiedemann unseren Verein vertritt. Die von allen in der Deutschen Bibliothekskonferenz zusammengeschlossenen Verbänden gemeinsam getragene Bibliothekarische Auslandsstelle hat auch im vergangenen Jahr unter ihrem aktiven Vorsitzenden, Herrn Dr. Wieder, München, auf dem Gebiet internationaler bibliothekarischer Zusammenarbeit erfolgreiche Arbeit geleistet. Unsere Delegierte bei der bibliothekarischen Auslandsstelle, Fräulein Siebert, konnte leider an dieser Arbeit im vergangenen Jahr nicht teilnehmen, weil sie von ihrer Dienststelle für längere Zeit von München nach Berlin abgeordnet war.

An der IFLA-Tagung in Kopenhagen konnten im August 1969 von unserem Verein Frau Fedder, Herr Frank, Herr Michelsen und der Vorsitzende teilnehmen. Als Dolmetscherin war die Kollegin Hecht, Bremen, eingesetzt. Bei der diesjährigen Session in Moskau, für die nur noch geringe Zuschüsse des Bundes zu erwarten sind, kann wegen der hohen Kosten leider nur ein Mitglied unseren Verein vertreten. Dafür ist Herr Kollege Aumüller nominiert worden.

Im Rahmen der kollegialen Beziehungen zu den anderen Verbänden hat als Vertreterin des Vereins Frau Büttner, Bonn, im Oktober 1969 an der Jahrestagung des Verbandes der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen in Detmold teilgenommen. Zum neuen Vorsitzenden dieses Verbandes wurde dort Herr Professor Dr. Pflug, Bochum, gewählt. An der Jahrestagung des Vereins der Bibliothekare an öffentlichen Büchereien und des Deutschen Büchereiverbandes im Mai 1970 in Würzburg habe ich zusammen mit anderen Angehörigen der Deutschen Bibliothekskonferenz teilgenommen.

Das Deutsche Beamtenkartell hat uns auch im Berichtsjahr in allen einschlägigen Fragen unermüdlich beraten und unterstützt. Die Verbindung zum DBK, die Herr Kollege Wuth ein Jahr vor seinem Tod übernommen und erfreulich aktiv betrieben hatte, habe ich zunächst weitergepflegt, um dem neuen Vorstand nicht mit der Berufung eines neuen Delegierten vorzugreifen. An einer Sitzung des Bundesvorstandes im Oktober 1969 in Bad Godesberg habe ich deshalb selbst unseren Verein vertreten.

Ebenfalls im Oktober 1969 fand in Augsburg eine Sitzung des Vereinsausschusses des Vereins Deutscher Bibliothekare zur Vorbereitung des diesjährigen Bibliothekartages statt, bei der ich anwesend war. Ich habe dort die vielfachen Anregungen aus Mitgliederkreisen zur Reformierung des Tagungsablaufes vertreten, die sich mit entsprechenden Wünschen aus Kreisen des VDB selbst trafen. Die Tagung hat, wie ich hoffe, in diesem Jahr in dieser Richtung eine beachtliche Belebung erfahren.

Die Anforderung von Sonderdrucken des Inseratenteils der „Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie“, die wir seit 1968 für unsere Mitglieder vom Verlag erhalten, hat weiterhin zugenommen. Wir freuen uns, auf diesem Wege allen stellensuchenden Kollegen rasch die zahlreichen Stellenangebote zur Kenntnis bringen zu können. Um die Zeitlücke

zwischen dem Erscheinen der einzelnen Hefte in etwa auszufüllen, geben wir auch in den Rundschreiben immer wieder freie Stellen bekannt.

Zahlreiche Briefe mit Anfragen von Mitgliedern wurden im Laufe des Jahres wiederum bearbeitet. Leider mußte unsere Kassenwartin ebenfalls unzählige Briefe schreiben, um säumige Mitglieder an die Beitragszahlung zu erinnern. Diese Arbeit ist Leerlauf und sie könnte dem Vorstand erspart werden, wenn alle Mitglieder ihren Beitrag durch Dauerauftrag an ihre Bank zum Jahresbeginn entrichten würden. Den Beiräten und Gruppenvertretern, die in ihrem Bereich Beiträge einziehen und gesammelt überweisen, sind wir für diese kollegiale Hilfe zu besonderem Dank verpflichtet. Dies sei zur Nachahmung empfohlen.

Dank gilt auch denjenigen Gruppenleitern, die immer wieder Vorträge und gemeinsame Veranstaltungen für ihre Mitglieder organisieren und dadurch den beruflichen Kontakt und die Weiterbildung in vorbildlicher Weise fördern. Wir berichten darüber jeweils in den Rundschreiben.

Der Mitgliederstand des Vereins hat weiterhin einen erfreulichen Aufschwung genommen. Bei Übernahme der Vereinsarbeit durch den jetzigen Vorstand im Jahre 1966 hatten wir rund 1100 Mitglieder. Im Jahresbericht 1969 konnten wir einen Stand von 1373 Mitgliedern melden. Seither sind 48 Mitglieder durch Verheiratung, Pensionierung bzw. durch Tod ausgeschieden, 136 Mitglieder sind neu eingetreten. Neuer Mitgliederstand heute somit 1461. Das im letzten Jahr angekündigte Informationsblatt des Vereins haben Sie inzwischen alle erhalten. Wir bitten Sie, es als Werbeblatt an Kollegen weiterzugeben, die unserem Berufsverband noch nicht angehören. Es können jederzeit weitere Exemplare bei uns angefordert werden. Auch frühere Rundschreiben stehen zu Werbezwecken zur Verfügung. Helfen Sie bitte mit, weitere Mitglieder zu gewinnen, um unsere berufsständische Arbeit auf möglichst breite Basis stützen zu können.

Das neue Mitgliederverzeichnis, das wir gerne zum diesjährigen Bibliothekartag vorgelegt hätten, konnte leider nicht rechtzeitig fertiggestellt werden. Dies liegt aber nicht am guten Willen des Vorstandes, sondern an der Säumigkeit bzw. an mangelndem Interesse sehr vieler Mitglieder. Trotz wiederholter Bitten in den Rundschreiben hat fast ein Drittel der Mitglieder die Fragebogen nicht zurückgesandt, die wir als Druckvorlage verwenden wollten. Das Fehlen so vieler Vorlagen zwang den Schriftführer, alle fehlenden Namen aus der Mitgliedskartei herauszuschreiben, wobei fehlerhafte Angaben gar nicht zu vermeiden sind, denn bei vielen Mitgliedern stimmen die alten Angaben nicht mehr, viele Namen haben sich geändert usw. Es macht uns wenig Freude, ein Mitgliederverzeichnis zu erstellen, das nicht auf dem neuesten Stand sein kann. Aber es bleibt uns schließlich nichts anderes übrig, wenn wir unser Versprechen einlösen wollen. Sie werden das mit soviel zusätzlicher Arbeit erstellte Verzeichnis auf jeden Fall noch in diesem Jahr als Abschiedsgabe des bisherigen Vorstandes erhalten.

Dank der Tatsache, daß in diesem Jahr im Gesamtprogramm der Tagung so aktuelle Themen wie „Mechanisierung“ und „Alphabetische Katalogisierung“ aufgenommen wurden, konnten wir auf die Abhaltung der entsprechenden Arbeitskreise in diesem Jahr verzichten. Es werden dagegen heute nachmittag die Arbeitskreise für „Benutzungs- und Leihverkehrsfragen“, für „Dokumentation“ und für „Institutsbibliothekare“ durchgeführt, zu denen alle daran interessierten Mitglieder herzlichst eingeladen sind.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich diesen Jahresbericht schließen mit der Versicherung, daß in den letzten vier Jahren unser ganzes Bestreben und unsere ganze Sorge der von uns übernommenen Aufgabe galt, den Berufsstand zu fördern und die gesteckten Ziele zu erreichen, die ich in der Mitgliederversammlung 1966 skizziert hatte. In vielen Dingen hatten wir den gewünschten Erfolg, in manchen sind wir den Zielen immerhin erheblich nähergekommen. Ich selbst bin meinen so sehr bemühten und pflichteifrigen Kollegen des Vorstandes aufrichtig dankbar für alle Unterstützung und für die zielstrebige Mitarbeit. Der Vorstand selbst dankt allen Beiräten und Mitgliedern, die ihn durch tatkräftige Hilfe und zahlreiche Anregungen in seiner Arbeit unterstützt und gefördert haben. Wir haben uns kritischen Stimmen, soweit sie sachliche Argumente betrafen, nicht verschlossen. Wir haben uns andererseits herzlich gefreut über viele Zustimmungen und Briefe von Mitgliedern, die unsere Arbeit gewürdigt haben und die uns damit hoffen lassen, für unsere gute Sache nützliche Arbeit geleistet zu haben.

Ich darf diesen Jahresbericht beenden mit den besten Wünschen an den nächsten Vorstand insgesamt für eine erfolgreiche Weiterführung der Vereinsgeschäfte und eine aktive Vertretung unserer berufsständischen Belange.“

Zu Punkt 2: Beamten- und Angestelltenprobleme gab Herr Schröder, Karlsruhe, sodann einen Arbeits- und Situationsbericht, der sich im wesentlichen mit seinem in der Schlußsitzung am Freitag abgegebenen Bericht deckt und der in diesem Rundschreiben gesondert im Wortlaut abgedruckt ist. Herr Lumm vom Deutschen Beamtenkartell gab einen Ausblick auf die Personalpolitik der nächsten zehn Jahre. Er zeigte sich davon überzeugt, daß in der Staatsapparatur in diesem Zeitraum einschneidendere Wandlungen eintreten werden, als dies in den letzten fünfzig Jahren der Fall gewesen sei. Er legte seiner Annahme mehrere Faktoren zugrunde: die mit dem Bevölkerungswachstum verbundene Bildungsexplosion, das Wirtschaftswachstum, das Streben nach sozialer Sicherheit und internationale Kooperation. Die öffentliche Verwaltung sehe sich wachsenden Aufgaben gegenüber und müsse größeren Nutzeffekt der Leistungen anstreben; das mache eine Verbesserung der Ausbildung der Staatsbediensteten unerlässlich und werde die Grenzen zwischen Vorgesetzten und Untergebenen ebenso wie zwischen gehobenen und höherem Dienst verwischen. Seine hochinteressanten Ausführungen fanden lebhaften Beifall.

Zu Punkt 3: Ausbildungsfragen berichtete Frau Tiedemann über entscheidende Fortschritte auf dem Gebiet der Ausbildung der Diplom-Bibliothekare. Vor die Notwendigkeit gestellt, Form und Inhalt der Ausbildung des gehobenen Bibliotheksdienstes den Erfordernissen moderner Bibliotheken und den neu entstehenden Strukturen des gesamten Bildungswesens anzupassen, macht man sich an allen bibliothekarischen Ausbildungsstätten Gedanken über entsprechende Reformen. Am schnellsten hat sich die Entwicklung in Hamburg vollzogen, wo Anfang des Jahres ein „Lehr- und Studienplan für den Fachbereich Bibliothekswesen der Freien und Hansestadt Hamburg“ veröffentlicht worden ist. Herr Michelsen, der — ebenso wie Herr Kayser — an diesem Plan mitgearbeitet hat, referierte über seine Entstehung und seinen Inhalt. Die wichtigsten Punkte sind: es werden künftig Diplom-Bibliothekare für wissenschaftliche Bibliotheken, öffentliche Büchereien und Spezialbibliotheken gemeinsam im Fachbereich Bibliothekswesen einer Fachhochschule ausgebildet. Vorbildungsvoraussetzung bleibt das Abitur. Die Fachhochschule soll in den Rahmen der künftigen Gesamt-Universität eingegliedert werden. Die Ausbildung gliedert sich in ein Grundstudium von drei Semestern mit abschließender Zwischenprüfung und ein Aufbaustudium von drei Semestern, dem die Abschlußprüfung folgt. Es gibt Pflichtfächer und Wahlpflichtfächer, die eine Schwerpunktbildung ermöglichen; es ist ein Informationsstudium von zwei Wissenschaftsfächern vorgesehen; die „bibliothekarischen Fächer“ beziehen neueste Entwicklungen auf den Gebieten Bibliotheksorganisation, Bibliothekstechnik, Katalogkunde usw. mit ein; der Stoff wird in Form von Vorlesungen, Seminaren, Übungen dargeboten, als Ergänzung dienen „Informationen“ (Ferienpraktika).

Ein Modell-Plan, der von der Ausbildungskommission des VDB erarbeitet wurde, stimmt mit dem Hamburger Plan im wesentlichen überein, fordert aber statt eines Informationsstudiums von zwei Fächern ein dreijähriges Studium eines Wissensfaches an einer Universität.

Anschließend an Herrn Michelsens Referat gab Frau Tiedemann einen kurzen Überblick über den Stand der Ausbildungsfragen in den anderen Bundesländern:

In Berlin wird wahrscheinlich die Bibliothekar-Akademie innerhalb eines inter fakultativen Instituts in den Bereich der TU/FU eingegliedert; in Köln befaßt man sich schon lange damit, dem Bibliothekar-Lehrinstitut einen neuen Status zu geben, man strebt anscheinend ein selbständiges Universitäts-Institut an; verzögert wurde die Entwicklung durch die Spaltung des Kultusministeriums; in Stuttgart will die Schule, soweit es sich um die Ausbildung für den Dienst an öffentlichen Büchereien handelt, ihre Studierenden zu Vorlesungen in die Universität schicken — für den Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken ist bisher noch keine Veränderung zu erkennen; in München strebt man die dreijährige Ausbildung an, über die Form ist bisher noch nicht entschieden; in Frankfurt liegt eine modernisierte Fassung der bisherigen Ausbildungs- und Prüfungsordnung vor, die Ausbildungsvoraussetzung der mittleren Reife bleibt jedoch bestehen, und aus diesem Grunde mußte unser Verein dieser Ordnung in seiner Stellungnahme an das Hessische

Kultusministerium seine Zustimmung versagen; in Hannover verhält man sich noch abwartend.

In der folgenden Diskussion wurden besonders die Fragen: Praktikum, Probleme des Übergangs zur neuen Ordnung bzw. Fortbildung älterer Diplom-Bibliothekare, Notwendigkeit der Einrichtung eines mittleren Dienstes, behandelt.

Zum Abschluß formulierte Frau Tiedemann noch einmal kurz die Grundforderungen des Vereins (die in einem vorher verlesenen Schreiben an das Bundes-Innenministerium ausführlich begründet sind): „Wir gehen davon aus, daß neue Entwicklungen im Bibliothekswesen eine neue Verteilung der Aufgaben des gehobenen und des höheren Dienstes mit sich bringen. Den neuen — qualifizierteren — Anforderungen muß eine nach Inhalt und Form neu gestaltete Ausbildung entsprechen. Da eben zu dieser Zeit das gesamte Bildungswesen umgestaltet wird, kommt es darauf an, die bibliothekarische Ausbildung möglichst effektiv in die neu entstehenden Strukturen einzufügen. Dabei sind unsere Grundforderungen: 1. dreijährige Ausbildung, 2. Hochschul-Niveau, 3. einheitliche Ausbildung in allen Bundesländern.“ Diesen Forderungen und der Absicht, sie an die Kultusminister heranzutragen, stimmte die Versammlung mit großer Mehrheit zu.

Zu Punkt 4 erstattete die Kassenwartin, Ch. Albrecht, Karlsruhe, den Kassenbericht 1969. Namens der beiden Kassenprüfer I. Wessel und E. Rolle, Karlsruhe, gab letzterer den Prüfungsbericht bekannt, der eine einwandfreie und vorbildliche Kassenführung bestätigte. Dem neu zu wählenden Vorstand empfahl Rolle, die gleiche Sorgfalt walten zu lassen. In der Wortmeldung bat Kollege H. Lüders, Kiel, namens der Versammlung dem ausscheidenden Vorstand und insbesondere dem Vorsitzenden Kaller herzlichen Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit aussprechen zu dürfen und beantragte die Entlastung des Vorstandes. Mit starkem Beifall stimmte die Mitgliederversammlung dem Redner zu; die Abstimmung ergab einstimmige Entlastung.

Zum Haushaltsvoranschlag 1970 gab der Vorsitzende einige Erläuterungen, die Kassenwartin verlas die einzelnen Titel und Ansätze. Die Mitgliederversammlung gab ihre Zustimmung bei 2 Gegenstimmen.

Zu Punkt 5: Wahlen gab H. Kaller nochmals die bereits im Rundschreiben 1970/2 veröffentlichten Ergebnisse der Beiratswahlen bekannt und dankte den Wahlausschüssen der Länder für die korrekte Durchführung der Wahlen. Die Mitgliederversammlung stimmte diesen Wahlergebnissen zu bei 1 Gegenstimme und 2 Stimmenthaltungen.

Der Vorsitzende des Wahlausschusses für die Vorstandswahlen, Kollege Schröder, Karlsruhe, gab bekannt, daß auf die im Rundschreiben 1969/4 veröffentlichte Wahlausschreibung nur ein Vorschlag der Gruppe München eingegangen sei. Diese schlägt folgende Kandidaten vor:

als Vorsitzenden: Hans Aumüller, SB München
als stellv. Vorsitzenden: Hugo Kaller, LB Karlsruhe
als Schriftführerin: Gabriele Hütz-Indra, SB München
als Kassenwartin: Christine Schumaier, UB München.

Herr Aumüller stellte sich der Versammlung vor mit Daten und Angaben über seinen beruflichen Werdegang und entwickelte einige Grundsätze über seine Vorstellungen von seiner Amtsführung für den Fall seiner Wahl zum neuen Vorsitzenden.

Anschließend stellte sich auch Frau Hütz-Indra vor, während Frau Schumaier leider aus dienstlichen Gründen nicht anwesend sein konnte. Die Abstimmung ergab eine große Mehrheit für den Wahlvorschlag der Gruppe München bei 14 Gegenstimmen und 28 Stimmenthaltungen.

Als Kassenprüfer wurden danach die ebenfalls von der Gruppe München vorgeschlagenen Kollegen Frau Isolde Bülow und Herr Hans Popst, München, gewählt.

Herr Aumüller dankte in einer kurzen Erklärung für das ihm und den weiteren Mitgliedern des Vorstandes bekundete Vertrauen und versprach, die Arbeit im Sinne der Vorgänger und zum Nutzen des Berufsstandes nach besten Kräften weiterführen zu wollen.

Zu Punkt 6 lagen folgende Anträge vor:

Der Vorsitzende bat im Auftrag des Vorstandes- und Beiratsgremiums um Zustimmung zu einer längst fälligen Neufestsetzung der Mitgliedsbeiträge, die auch von Mitgliedern wiederholt gefordert worden sei. Er führte u. a. aus: „Wir wollen zwar, solange sich dies durch steigende Mitglieder-

zahl vermeiden läßt, die Beiträge für vollzahlende Mitglieder von 18,— DM jährlich nicht erhöhen. Untragbar geworden sind jedoch die bisherigen Jahresbeiträge von 1,— DM für Praktikanten und von 1,50 DM für Mitglieder außer Dienst. Da wir immerhin nahezu 400 solcher Mitglieder haben, zahlen wir allein an Porto für die Versendung der Rundschreiben und häufig auch noch an Porto für Mahngebühren für diese Mitglieder erheblich drauf. Diese Beiträge sollten deshalb wenigstens kostendeckend sein. Wir beantragen daher, die Mitgliedsbeiträge wie folgt neu festzulegen:

voll berufstätige Mitglieder wie bisher 18,— DM jährlich
halbtags arbeitende Mitglieder wie bisher 9,— DM jährlich
nicht mehr berufstätige Mitglieder ab 1971 6,— DM jährlich
neu eintretende Praktikanten ab sofort 6,— DM jährlich.

Der Vorstand sollte dabei ermächtigt werden, in begründeten Einzelfällen Sonderregelungen zu treffen.“ Der Antrag wurde ohne Diskussion einstimmig angenommen.

Von der Gruppe Konstanz lagen folgende Anträge vor:

„1. Der Vorstand wird aufgefordert, beim Kultusministerium Baden-Württemberg verstärkt darauf zu dringen, daß in diesem Bundesland baldmöglichst eine zentrale Ausbildungsstätte (Vorschlag: Stuttgart) errichtet wird, da die gegenwärtige Ausbildung in drei getrennten Kursen dem Gleichheitsprinzip widerspricht.

2. Der Vorstand wird weiter aufgefordert, beim Kultusministerium Baden-Württemberg darauf zu bestehen, daß in die derzeit an wechselnden Orten tagende Kommission für die Reform der Ausbildung der Diplom-Bibliothekare in Baden-Württemberg mindestens ein voll stimmberechtigtes Mitglied des gehobenen Dienstes berufen wird.“

Kollege Strassner, Konstanz, begründete namens der Gruppe seine Anträge. Zu 1. wies der Vorsitzende darauf hin, daß der Vorstand bereits 1967 beim Kultusministerium Baden-Württemberg diese Forderung erhoben und begründet habe. Das Kultusministerium habe in seiner Antwort seinerzeit eine zentrale Ausbildung als grundsätzlich wünschenswert, jedoch aus finanziellen Gründen noch nicht realisierbar bezeichnet. Der Vorsitzende glaubte jedoch aufgrund seiner Informationen sagen zu können, daß auch in Stuttgart neuerdings eine Entwicklung in dieser Richtung erwogen werde. Er hielt es für zweckmäßig, dem Vorstand eine Wiederholung dieser Forderung zu einem ihm günstig erscheinenden Zeitpunkt zu überlassen.

Zu 2. bat der Vorsitzende zu bedenken, ob es sinnvoll sei, ein Mitglied in eine solche Konferenz zu delegieren, solange der Verein noch kein gemeinsames Konzept entwickelt habe, das dem Mitglied als Richtlinie dienen könne. Zudem könnte ein solches Mitglied von den Direktoren in der Konferenz jederzeit überstimmt werden. Der Vorsitzende warnte davor, daß eventuelle Kommissions-Beschlüsse, die nicht den Vorstellungen des Vereins entsprächen, als unter Mitwirkung des gehobenen Dienstes zustandegekommen gelten könnten. Es entspann sich eine lebhaft diskutierte Diskussion über das Für und Wider. Die getrennte Abstimmung über die beiden Anträge ergab jeweils eine Mehrheit dafür, bei Gegenstimmen und zahlreichen Stimmenthaltungen.

Zu Punkt 7: Der Vorsitzende schlug aus Zeitgründen vor, auf die Berichte von Mitgliedern, die in gemeinsamen Kommissionen beider Vereine mitarbeiten, zu verzichten, da die Berichte dieser Kommissionen schon vor der Tagung allen Mitgliedern übersandt worden waren. Er begrüßte es ausdrücklich, daß außerdem in diesem Jahr erstmals auch von den am Freitag auf der Tagung gehaltenen Referaten Kurzfassungen vorher vorlagen und versandt werden konnten.

Es wurde noch die derzeitige Besetzung der vereinsinternen Kommissionen bekanntgegeben wie folgt: Kommission für Berufs- und Ausbildungsfragen: Frau Tiedemann, Frankfurt a. M., zugleich als Vorsitzende, ferner die Herren Kayser und Michelsen, Hamburg. Das vierte Mitglied solle durch den nächsten Vorstand berufen werden. Kommission für Besoldungs- und Tariffragen: Herr Schröder, Karlsruhe, zugleich als Vorsitzender, ferner Frau Kampers, Bremen, und die Herren Schulz, Freiburg, und Schmidt-Casdorff, Dortmund.

Der Vorsitzende dankte abschließend für die rege Beteiligung und bat darum, auch den neuen Vorstand weiterhin zu unterstützen. Mit dem Dank an alle Augsburger Kollegen für die mit der Vorbereitung und Durchführung der Tagung aufgewendete Mühe schloß er um 12.50 Uhr die Mitgliederversammlung.

Kommissionsberichte

Am Freitagnachmittag trugen im Rahmen der Verlesung der Berichte der Kommissionen und Arbeitsgemeinschaften des VDB auch die Vorsitzenden unserer vereinsinternen Kommissionen ihre Berichte vor.

Der Bericht des Kollegen Schröder, Karlsruhe, für die Kommission für Besoldungs- und Tariffragen, der den gleichen Wortlaut hatte wie seine in der Mitgliederversammlung zu Punkt 2 gemachten Ausführungen, lautet wie folgt:

„Die Arbeit unserer Kommission ist weitgehend abhängig von dem guten Willen derer, die der Verein braucht, um die Gestaltung von Besoldungs- und Tariffragen zu beeinflussen. Es darf noch einmal darauf hingewiesen werden, daß er kein Gesprächspartner der über das Schicksal unseres Standes entscheidenden Stellen ist, sondern für alle diese Dinge die Gewerkschaften, das Deutsche Beamtentkartell und einflußreiche Freunde braucht. Kritiker sollten sich diesen Tatbestand vor Augen halten. Es wird wirklich alles nur Mögliche getan, um berechtigte Forderungen anzubringen. Der Vorstand ist stets für aufbauende Kritik und helfende Hinweise dankbar, sieht aber selbst seine Möglichkeiten und ihre Grenzen durchaus realistisch. Innerhalb der eben aufgezeigten Grenzen hat der VdDB im abgelaufenen Berichtsjahr sich um gerechte Behandlung unserer Berufsangelegenheiten, sowohl der beamteten als auch der im Angestelltenverhältnis tätigen Kollegen, bemüht.

Bei den Beamten wurde er tätig, als er bemerkte, daß im Bundesland Baden-Württemberg die Beförderungsmöglichkeit für die Diplom-Bibliothekare in die Besoldungsgruppe A 13 (Bibliotheksoberrat) im Entwurf der 10. Novelle des Landesbesoldungsgesetzes fehlte. Das Deutsche Beamtentkartell erlaubte uns, einen Angehörigen unseres Vereins als seinen Vertreter in die Anhörung beim Finanzministerium nach Stuttgart zu entsenden, der so unsere Wünsche an der zuständigen Stelle darlegen konnte. Der Vertreter des Finanzministeriums sagte zu, daß auch die Diplom-Bibliothekare an der Verzahnung teilnehmen werden, also in Spitzenstellungen der Bes. Gruppe A 13 aufrücken können. In gleicher Sache wurde der Verein in Hamburg wiederholt tätig. Die Bundesrechtsrahmengesetzgebung schreibt allerdings die Zahl der Planstellen für die einzelnen Laufbahnen auch für die Länder vor, und diese Zahlen dürfen nicht überschritten werden; daher wurde empfohlen, für solche Beamte, die eine über den Rahmen ihrer Besoldungsgruppe hinausgehende verantwortliche Tätigkeit ausüben, Amts- oder Stellenzulagen zu fordern. Von dieser Möglichkeit hat der Beirat für Bayern bereits Gebrauch gemacht.

Den weitaus größeren Anteil an den Bemühungen um gerechte Bewertung aber nimmt das Angestelltenproblem ein. Der Vorstand hat bei jeder sich bietenden Gelegenheit um ihre Verwirklichung gekämpft. Er ist sich völlig klar darüber, daß die Tätigkeitsmerkmale von 1960 den heutigen Verhältnissen nicht gerecht werden und hat dies den Verhandlungspartnern des öffentlichen Dienstes mehrfach gesagt, in verstärktem Umfang seit dem Karlsruher Bibliothekartag. Ein eigener Entwurf für Tätigkeitsmerkmale unseres Dienstes wurde bereits 1966 dem Bundesminister des Innern, der Tarifgemeinschaft deutscher Länder und den Gewerkschaften vorgelegt, und wir haben erklärt, daß wir zu Erläuterungen jederzeit bereit seien; aber erst im abgelaufenen Berichtsjahr sind die von uns erbobenen Forderungen Gegenstand von Verhandlungen im Bundesministerium des Innern, der federführenden Instanz für Tarifangelegenheiten, geworden. Wir hatten am 28. November 1969 Gelegenheit, mit einem Vertreter dieses Ministeriums unsere Wünsche im einzelnen durchzusprechen, die insbesondere die Aufnahme der Diplom-Bibliothekare an wissenschaftlichen Bibliotheken in die Vergütungsgruppen IVa und III BAT vorsehen. Unserem Vertreter wurde versprochen, diese Wünsche, im Rahmen der Verhandlungen auch für die Archivare und Dokumentare, zu berücksichtigen. Dieser bat jedoch — mit Rücksicht auf unsere seit vier Jahren vorliegenden Vorschläge für die Neufassung der Tätigkeitsmerkmale — als dringlich die Verhandlungen über die Diplom-Bibliothekare vorzusehen. Der Bundesminister des Innern unterrichtete uns davon, daß eine Sonderkommission eingesetzt wurde mit dem Auftrag, Tätigkeitsmerkmale für die Dokumentare auszuarbeiten. Im Februar dieses Jahres fand andererseits eine Besprechung zwischen dem Bundesministerium des Innern, der Tarifgemeinschaft deutscher Länder und dem Verband der Kommunalen Arbeitgeber sowie den Gewerkschaften statt, in der vereinbart wurde, daß die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes Tätigkeitsmerkmale für die bibliothekarisch tätigen Angestellten vorlegen werden. Zu diesem Zweck wurde eine Kom-

mission berufen, die sich vorwiegend aus Bibliothekaren des Bundesdienstes zusammensetzt. Die von uns als unglückliche Konstruktion gewertete Koppelung der drei Berufsgruppen in einer Verhandlungsphase wird demnach vom Bundesministerium des Innern nicht mehr verfolgt. Vielmehr soll nach seinem Willen eine Vorabregelung für die Diplom-Bibliothekare im Laufe dieses Jahres alle uns interessierenden Fragen berücksichtigen, vor allem die Möglichkeit für unsere Kollegen, in die Verg. Gruppen IVa und III BAT eingewiesen zu werden. Der Verein hat sofort nach Erhalt dieser Nachricht die Tarifgemeinschaft deutscher Länder, einzelne Abgeordnete und die Gewerkschaften gebeten, sich seine Forderungen zu eigen zu machen und bei den in Bälde zu erwartenden Gesprächen zu vertreten. Inzwischen fanden auch Gespräche mit der Arbeitsgemeinschaft der Parlaments- und Behördenbibliotheken statt, aufgrund deren der beratenden Kommission dringend geraten wurde, bei ihren Vorschlägen auf alle Maßzahlen als Bewertungsgrundlage bibliothekarischer Arbeit zu verzichten und diesbezügliche Pläne des Bundesministeriums des Innern und anderer Stellen abzulehnen. Der Vorsitzende des Vereins Deutscher Bibliothekare wurde gleichfalls gebeten, in diesem Sinne tätig zu werden. Mit seinem Schreiben vom 27. April d. J. hat der Vorsitzende unseres Vereins das Bundesministerium des Innern seinerseits ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Bestandszahlen als Bewertungsgrundlage nicht anwendbar seien; im gleichen Sinne wurden dem Verein bekannte Persönlichkeiten der Tarifgemeinschaft deutscher Länder und die Gewerkschaften unterrichtet. Es ist erfreulich festzustellen, daß auch die Bibliothekare an öffentlichen Büchereien von der Bewertung der bibliothekarischen Arbeit durch Bestandszahlen abgerückt sind, so daß endlich alle Bibliothekare am gleichen Strang ziehen. Wir hoffen, daß sich der Bundesinnenminister diesem gemeinsamen Wunsch nicht entziehen wird. Er antwortete mit seinem Schreiben vom 11. Mai d. J.:

„An der Vorbereitung einer Interimslösung sind inzwischen auch Fachvertreter der wissenschaftlichen Bibliotheken beteiligt worden. Ich kann Ihnen deshalb versichern, daß Ihre Interessen nicht nur bei der endgültigen Überarbeitung der Sie interessierenden Tätigkeitsmerkmale, sondern auch schon bei der vorgesehenen Vorabregelung gebührend berücksichtigt werden. Ich bedauere jedoch, Ihnen mitteilen zu müssen, daß sich diese Regelung aus zeitlichen und organisatorischen Gründen bis zum 60. Deutschen Bibliothekartag in Augsburg (16. bis 23. Mai 1970) nicht verwirklichen läßt.“

Wir hatten angestrebt, Ihnen spätestens mit Ablauf der Amtsperiode des jetzigen Vorstands die endgültige Formulierung der Tätigkeitsmerkmale für die uns interessierenden Vergütungsgruppen in der Anlage des BAT bekanntgeben zu können; daß es dazu nicht kommen konnte, befriedigt uns selbst am wenigsten.

Als wertvolle Ergänzung zu den Bemühungen des Vereins in den Vergütungsfragen betrachten wir die Tätigkeit unserer Kollegen in der DAG und OTV und hier besonders der Fachgruppe Bibliotheken. Wir halten es für eine Dankespflicht, hierauf besonders hinzuweisen, weil diese Gruppen in Absprache mit dem Vereinsvorstand arbeiten. Wir wissen um die Problematik, Bibliothekare an öffentlichen Büchereien und unsere Berufsangehörigen auf eine Richtung zu bringen und dürfen erwarten, daß die einmal gezeigte Einmütigkeit allen Bibliothekaren nützlich sein wird. Es ist uns bekannt, daß hinsichtlich der Einstufung von Bibliothekaren unterschiedliche Auffassungen bestehen, wir stimmen auch den Bibliothekaren an öffentlichen Büchereien zu, die die Verg. Gruppe IVa BAT als Eingangsgruppe aller bibliothekarischen Kräfte erreichen möchten, sehen jedoch zur Zeit gewisse Schwierigkeiten darin, daß unser Dienst weit stärker von Bibliothekaren des höheren Dienstes abhängig ist, und daß etwa 2/3 unseres Dienstes verbeamtet sind. Hier klärend zu wirken, wird eine wesentliche Aufgabe unseres neuen Vorstandes sein.

Wir können auf zwei erfreuliche Tatsachen hinweisen:

1. Die Bibliothekare im Dienst der Erzdiözese Köln nehmen mit Wirkung vom 1. April d. J. am Bewährungsaufstieg teil und sollen in ihren Tarifbedingungen an den BAT angeglichen werden.
2. Eine Kollegin im Dienst der Oberpostdirektion Koblenz hat nach jahrelangen Bemühungen mit unserer Unterstützung erreicht, daß sie in die Verg. Gruppe Vb eingewiesen wurde.

Die Kommission beschäftigte sich ferner mit der Frage, wie weit es Aufgabe der bestehenden Personalverbände für die

wissenschaftlichen Bibliotheken werden könne, den in einigen Bundesländern geschaffenen mittleren Dienst in eine Zusammenarbeit einzu beziehen. Ein Vorschlag wurde nicht erarbeitet, weil zur Lösung dieser Frage umfassendere Überlegungen nötig werden. Gestatten Sie mir zum Schluß noch eine Bemerkung zum Angestelltenproblem: Während es beamtete Diplom-Bibliothekare gibt, die schon verhältnismäßig früh in die Besoldungsgruppe A 12 aufrücken, während es außerdem Dienststellen gibt, in denen Kollegen im Angestelltenverhältnis bis zur Vergütungsgruppe IIa BAT eingewiesen wurden, ferner Bibliotheksangestellte ohne Fachexamen über den Bewährungsaufstieg nach 6 Jahren Dienstzeit in der Verg. Gruppe Vb BAT die Vergütungsgruppe IVb BAT erreichen, ist es andererseits nicht gelungen, für Diplom-Bibliothekare an wissenschaftlichen Bibliotheken, die als fachliche Leiter von Spezialbibliotheken oft seit vielen Jahren wirken, eine Einweisung in eine höhere Vergütungsgruppe als IVb BAT zu bekommen. Darf sich aber das starre Prinzip der Vergütungsordnung so auswirken, daß von Vorgesetzten als besonders qualifizierte Kräfte bezeichnete Diplom-Bibliothekare auf der Strecke bleiben, nur weil die zuständigen Instanzen so unbeweglich sind? Es ist eine ebenso wichtige wie dankbare Aufgabe aller an den Tätigkeitsmerkmalen mitarbeitenden Dienststellen, Gewerkschaften und Einzelpersonlichkeiten unseres Berufes, ein nun 10 Jahre bestehendes Unrecht so rasch wie möglich zu beseitigen."

Für die Kommission für Berufs- und Ausbildungsfragen gab die Vorsitzende Frau T i e d e m a n n, Frankfurt a. M., folgenden Bericht ab:

„Die Kommission für Berufs- und Ausbildungsfragen des Vereins der Diplom-Bibliothekare hat sich mit der Frage befaßt, wie die Ausbildung der Diplom-Bibliothekare den veränderten Bedürfnissen moderner Bibliotheken angepaßt werden kann und welchen Platz eine entsprechend weiterentwickelte Ausbildung innerhalb eines Bildungswesens finden kann, dessen neue Strukturen sich allmählich immer klarer abzeichnen. Als im vergangenen Jahr das Bundesministerium des Innern unseren Verband um eine Stellungnahme zur Fachhochschulgesetzgebung bat, haben wir unsere Vorstellungen in einem grundsätzlichen Schreiben dargelegt.

In Anbetracht der Tatsache, daß mehr als 30% aller Diplom-Bibliothekare an Spezialbibliotheken arbeiten, wo die Erschließung der wissenschaftlichen Literatur einschließlich der Sachkatalogisierung, Auskunft über den Bestand und Beratung der Leser, die gesamte Bibliotheksverwaltung und Mitwirkung beim Bestandsaufbau zu ihren Aufgaben gehören, — daß an den größeren Allgemeinbibliotheken die Diplom-Bibliothekare immer mehr in selbständige und qualifizierte Aufgaben hineinwachsen als Leiter von Arbeitsgruppen, durch Mitwirkung bei der Sacherschließung und bibliographischen Beratung und bei der Einführung moderner technischer Hilfsmittel (eine Tendenz, die sich angesichts der wachsenden Inanspruchnahme des höheren Dienstes durch Entwicklungs- und Führungsaufgaben noch verstärken wird) — in Anbetracht dieser Tatsachen fordern wir

1. die Beibehaltung der Hochschulreife als Ausbildungsvoraussetzung, denn eine überdurchschnittliche Allgemeinbildung und die Kenntnis mehrerer Fremdsprachen sind unerlässlich;
2. eine Ausbildung, die sechs theoretische Semester umfaßt, denn außer den rein bibliothekarischen Fächern muß der Lehrplan Unterrichtsgegenstände enthalten wie Informationswissenschaft, Bibliothekstechnik (einschließlich elektronischer Datenverarbeitung), Betriebslehre (insbesondere Leitungsaufgaben und Management), Bestandsaufbau und -analyse sowie Fragen der Bibliothekspolitik, ferner muß über die bisher gebotene Wissenschaftskunde hinaus mindestens ein Informationsstudium in ein oder zwei Wissenschaftsfächern vorgesehen werden, besser noch ein sechssemestriges Studium eines Wissenschaftsfaches an einer Universität. Denn dem Diplom-Bibliothekar, der im zentralen Bereich vieler Wissenschaften steht und durch seine Tätigkeit der Wissenschaft dient, sollte Gelegenheit gegeben werden, durch ein Kurzstudium echte Kenntnisse und eine lebendige Anschauung vom wissenschaftlichen Arbeiten, von wissenschaftlicher Methode und Zielsetzung zu erwerben. Die unmittelbaren Einsichten und persönlichen Erfahrungen, die er sich in einem Wissenschaftsfache erarbeiten könnte, würden sich in der ganzen Breite seiner bibliothekarischen Arbeit als fruchtbar erweisen. Zudem würden die an Spezialbibliotheken arbeitenden Diplom-Bibliothekare auf diese Weise die notwendige wissenschaftliche Vorbildung erwerben.

Um eine zeitgemäße Ausbildung für den gehobenen Bibliotheksdienst zu garantieren, hält der Verein der Diplom-

Bibliothekare die Schaffung entsprechender Ausbildungsstätten im Fachhochschulbereich für unerlässlich und die Eingliederung der Fachhochschulen in den Gesamthochschulbereich für erforderlich.

Soweit unsere grundsätzlichen Forderungen. Im übrigen haben wir uns mit dem Entwerfen von Modellen zurückgehalten, da wir den Lehr- und Studienplan für den Fachbereich Bibliothekswesen, der in Hamburg unter Mitwirkung zweier Mitglieder unseres Verbandes beraten wurde, abwarten wollten. Seit Februar liegt er nun vor, und da er in bemerkenswert ausgereifter Form den Forderungen unseres Berufsstandes weitgehend Rechnung trägt, findet er die volle Unterstützung unseres Vereins. Erfreulicherweise stimmt er im wesentlichen mit dem von der Kommission für Ausbildungsfragen des VDB ausgearbeiteten Plan überein. So haben wir jetzt die Chance, endlich eine moderne und in allen Bundesländern einheitliche Ausbildung für den gehobenen Bibliotheksdienst einzuführen. Wir hoffen, daß alle für die Ausbildung Verantwortlichen diese Chance nutzen!"

Arbeitskreise

In Anbetracht der Tatsache, daß im Zuge einer wiederholt geforderten Aktualisierung der Bibliothekartage im Gesamtprogramm der Tagung die für unseren Dienst so wichtigen Themen „Mechanisierung“ und „Alphabetische Katalogisierung“ aufgenommen wurden, haben wir auf die Abhaltung unserer entsprechenden Arbeitskreise für dieses Jahr verzichtet. Die durchgeführten drei Arbeitskreise erfreuten sich wiederum einer durchweg sehr regen Teilnahme und fanden lebhaftes Interesse, auch bei Nichtmitgliedern des Vereins. Im einzelnen liegen darüber folgende Kurzberichte vor:

Arbeitskreis für Benutzungs- und Leihverkehrsfragen
Leiter und Referent: Albert Frank, Düsseldorf
Teilnehmerzahl: 42

Im Hinblick auf die zu erwartenden Referate des folgenden Tages wurde der Arbeitskreis in diesem Jahr besonders auf das Thema „Rationalisierung im Benutzungsbereich der Bibliotheken“ ausgerichtet. Die Begriffe on-line und off-line-Verbuchung wurden erklärt und moderne Ausleihformen wie Freihandausleihe und Lehrbuchsammlung der Bibliothek der Technischen Universität Berlin vorgestellt. Erörterungen galten auch dem in einigen Bundesländern bestehenden Bücherautodienst. Über den in Nordrhein-Westfalen seit März dieses Jahres eingerichteten Autodienst konnten erste praktische Erfahrungen ausgetauscht werden. Zum Studium der Arbeitsabläufe im Benutzungsdienst und ihrer rationalen Gestaltung wurde auf die kürzlich von der DFG herausgegebene Schrift „Rationalisierung in wissenschaftlichen Bibliotheken“, Bonn 1970, hingewiesen. Die weiteren Ausführungen befaßten sich mit der jährlich zu erstellenden Benutzungstatistik und ihren Problemen, mit dem Mahn- und Gebührenwesen und mit vielen Einzelfragen aus dem Bereich des deutschen und internationalen Bibliotheken-Leihverkehrs. Mit allen Themen war eine lebhafteste und aufschlußreiche Aussprache verbunden.

Arbeitskreis für Dokumentation
Leiter: Götz Greiner, Hamburg
Referenten: Hermann Haller, Stuttgart, und
Götz Greiner, Hamburg
Teilnehmerzahl: 32

Für diese zweite Zusammenkunft des Arbeitskreises stand gemäß Beschluß der vorjährigen Sitzung „Die Erfassung von Zeitschriftenaufsätzen“ als Beratungsthema zur Diskussion. Das einleitende Referat hielt H. Haller. Er beschrieb Beispiele der Aufsatzdokumentation in Bibliotheken und berichtete über Bestrebungen der DFG, durch die Förderung von Referateblättern, Dokumentationsdiensten und Bibliographien die Zeitschriftenerschließung zu intensivieren. Er besprach ferner Methoden der praktischen Bearbeitung, Möglichkeiten und Platzbedarf der Speicherung, Kosten sowie Konsequenzen für die Bibliothekars-Ausbildung. Der Vortrag wurde durch Lichtbilder anschaulich illustriert.

In seinem Korreferat behandelte G. Greiner das gleiche Thema vom Standpunkt der dokumentarischen Tätigkeiten „Erfassen, Aufschließen, Ordnen, Speichern und Verbreiten von Informationen“ und berichtete über die Dokumentationspraxis seiner Bibliothek (Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht, Hamburg).

Bei der anschließenden Diskussion wurde vor allem die Forderung nach verbesserter Zusammenarbeit und gegenseitiger Abstimmung fachverwandter Institutionen auf dem Gebiet der Aufsatzdokumentation erhoben. Besonderes In-

teresse fand ein Diskussionsbeitrag von G. Hum, Köln, der einen von ihm redigierten Informationsdienst vorstellte. Auf Wunsch der Mehrheit der Teilnehmer wurde für die nächstjährige Zusammenkunft das Thema „Informationsspeicher“ vorgesehen.

Arbeitskreis für Institutsbibliothekare

Leiterin: Johanna Rischaneck, Heidelberg
Referenten: Rainer Wolter, Saarbrücken, Helga Scheuffler, Heidelberg, Edith Chorherr, München, Maria Wagner, Mannheim.
Teilnehmerzahl: 43

Zunächst referierte E. Chorherr über die Bibliothek des bayerischen Nationalmuseums in München und anschließend M. Wagner über die Bibliothek der Städtischen Krankenanstalten Mannheim. Die beiden Referate setzten die Reihe der alljährlich vorgetragenen Charakterisierungen verschiedener Typen von Institutsbibliotheken fort.

Die Hauptreferate beschäftigten sich mit der veränderten Stellung der Institutsbibliotheken seit Inkrafttreten der neuen Universitätsgesetze. R. Wolter sprach zum Thema: „Das saarländische Universitätsgesetz und seine Auswirkungen auf die Instituts- bzw. Seminarbibliotheken“. H. Scheuffler erläuterte die neuen Grundordnungen der baden-württembergischen Universitäten in Bezug auf das Bibliothekswesen, insbesondere im Hinblick auf die Stellung der Institutsbibliotheken. An beide Referate schloß sich eine Diskussion an. Als Referenten für die nächstjährige Zusammenkunft sind Hanna Boehl, Lübeck, und Uwe Harder, Dortmund, vorgesehen.

Mitgliedsbeiträge

Entsprechend dem Beschluß der Mitgliederversammlung 1971 wurden, wie weiter vorne bereits berichtet, die Mitgliedsbeiträge neu festgesetzt. Für eilige Leser seien sie hiermit nochmals besonders mitgeteilt. Sie betragen für

voll berufstätige Mitglieder	18,— DM jährl.
halbtags arbeitende Mitglieder	9,— DM jährl.
nicht mehr berufstätige Mitglieder ab 1971	6,— DM jährl.
neu eintretende Praktikanten ab sofort	6,— DM jährl.

In begründeten Einzelfällen kann der Vorstand auf Antrag Sonderregelungen treffen. Wir bitten, diese neuen Beitragsätze bei Ihren künftigen Überweisungen zu beachten und Daueraufträge zu ändern.

Mittlerer Dienst in Niedersachsen

Auch das Land Niedersachsen hat jetzt den mittleren Dienst eingeführt durch die im Niedersächsischen Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 10/1970 vom 31. 3. 1970 veröffentlichte „Verordnung über die Ausbildung und Prüfung der Beamten des mittleren Dienstes an wissenschaftlichen Bibliotheken“. Die Verordnung ist mit Wirkung vom 1. 4. 1970 in Kraft getreten.

Fachkräfte

werden von folgenden Bibliotheken gesucht, bei denen die angegebenen Stellen zu besetzen sind:

Wissenschaftl. Stadtbibliothek 53 Bonn, Quanthusstr. 9, 1 Beamtenstelle A 9/10;

Stiftung Wissenschaft und Politik 8026 Ebenhausen bei München, 1 Angest.-Stelle BAT Vb/IVb;

Institut für Jugendbuchforschung der Universität 6 Frankfurt a. M., Georg-Voigt-Str. 10, 1 Angest.-Stelle BAT Vb/IVb;

B des Bundesverfassungsgerichts, 75 Karlsruhe 1, Schloßbezirk 3, 1 Beamtenstelle A 10 (mit oberstgerichtl. Zulage);

Universitätsbibliothek 68 Mannheim, Schloß, Ostflügel, Postfach 2428, mehrere Angest.-Stellen BAT Vb/IVb im Bereich der UB u. d. Fakultätsbibliotheken. Spätere Überführung in das Beamtenverhältnis möglich;

B des Landeskonservators von Westfalen-Lippe (Landesamt f. Denkmalpflege), 44 Münster i. W., Erbdrostenhof, Salzstr. 38, 1 Angest.-Stelle BAT Vb/IVb, selbständig. Bei Bewährung Übernahme in das Beamtenverhältnis möglich;

B des Landesmuseums für Kunst- und Kulturgeschichte, 44 Münster i. W., Rothenburg 30, 1 Angest.-Stelle BAT Vb;

B d. German. Nationalmuseums 85 Nürnberg 1, Postfach 9301, 1 Beamtenstelle A 9;

B Pädagogische Hochschule Rheinland:

Abt. 51 Aachen, Ahornstr. 55, 1 Ang.-Stelle BAT Vb/IVb, Abt. 5 Köln 41, Postfach 410720, 2 Beamtenstellen A 9/10 und A 11,

Abt. 53 Bonn, Römerstr. 164, 2 Beamtenstellen A 9/10; Wehrbereichsbibliothek I, 23 Kiel, Niemannsweg 220, 2 Leiterposten kleinerer Fachbibliotheken in Kiel und Hamburg.

Personalnachrichten

Bettina Karau geb. Ridder, bisher Berlin, jetzt Neustadt/Weinstr., außer Dienst

Gisela Tschanner, bisher DB Frankfurt a. M., jetzt B d. Weltwirtschaftsarchivs Hamburg

Ilse-Maria Willner, SB Bremen, jetzt Ilse-Maria Hirsch.

Nachruf

Wir betrauern den Tod unserer Kolleginnen

Ilse Schröter, zuletzt Bad Eilsen, früher BTH Hannover, verstorben am 22. 2. 1970, 57 Jahre alt, und

Marianne Baader geb. Schüssler, früher UB Mainz, verstorben am 31. 3. 1970, 44 Jahre alt.

Wir werden den Kolleginnen ein ehrendes Andenken bewahren.

Neue Mitglieder

Vor, während und nach dem Bibliothekartag 1970 ist uns wieder eine erfreulich hohe Anzahl von Neuanmeldungen zugegangen. Wir begrüßen hiermit herzlichst als neue Mitglieder:

Manfred Ahlrichs, SB Bremen

Ernst Arenth, UB Bochum

Annette Baumeister, BPH Westfalen-Lippe, Abt. Münster

Angela Bersekowski, SB Bremen

Hanna Boehl, B d. Staatl. Fachhochschule f. Musik, Lübeck
Christel Buckmann, B d. Dt. Revisions- u. Treuhand AG, Düsseldorf

Ruth Buss, B d. Otto-Suhr-Inst. Berlin

Luitger Dietze, Hannover, Behördenbibl.

Wiltrud Forster, UB Regensburg

Elisabeth Frank geb. Frey, LB Karlsruhe

Siegfried Frösel, StB München

Monika Geislinger, UB Regensburg

Johanna Gerardy, UB Konstanz

Ingeborg Glass, LB Karlsruhe

Elisabeth Greving, UB Münster

Ulrich Haage, UB Konstanz

Walter Hammerle, UB Heidelberg

Hartmut Heiber, Bibl.-Lehr-Inst. Köln

Ursula Heidt, TU Berlin, UB

Sibylle Heinrich, SuUB Göttingen

Helgard Heppridi, SuUB Hamburg

Herma Hugle, B Dt. Industrie-Inst. Köln

Ingrid Jacobi, Univ. Bonn

Liesel Jüntgen geb. Stietze, LuStB Düsseldorf

Joachim Kaatz, B Bundesamt f. zivilen Bevölkerungsschutz, Bonn-Bad Godesberg

Ingeborg Kaiser, UB Konstanz

Ursula Kohbieter geb. Voß, B Staatl. Hochschule f. bildende Künste, Berlin

Karin Leloup, SB Bremen
Renate Ludwig, UB Kiel
Beate Lüthke geb. Sellke, SB Bremen
Dr. Ruth Meyer, B Landesamt f. Denkmalpflege, Münster
Monika Maerkl, SB München (ZK)
Silvia Mohr geb. Wetzel, DB Frankfurt
Annegret Müller, UB Mainz
Vera Müller geb. Gippert, B Inst. f. Bildungsforschung,
Berlin
Günter Mülot, UB Mainz
Christel Nawroth, SB München
Doris Pelz, UB Mainz
Ruth Poeplau, UB Regensburg
Rüdiger Püschner, UB Saarbrücken
Sonja Quast geb. Bürkle, Reg. Bibl. Ansbach
Ragnhild Rabijs, UB Göttingen
Hella Rauschmeier, SB München
Marlies Reuter geb. Schacht, SuUB Hamburg
Renate Richter, UB der TU Clausthal
Heide Rose, SB Bremen
Ilona Scheidt, UB Konstanz
Edith Schipper, SB München
Ursula Schniewind, B d. Dt. Bundestags, Bonn

Marlene Schönberg, UB Konstanz
Bernhard Dietrich Schurig, B Bundesfachschule
f. maschinelle Datenverarbeitung, Düsseldorf
Cläre Schuth, UB Bochum
Paul Staudinger, SB München
Ursula Steinhoff, ZB d. Bundeswehr, Düsseldorf
Renate Steinlehner, UB Regensburg
Peter Sterry, B Bundeskartellamt, Berlin
Herta Streck, UB Mannheim
Ulla Usemann-Keller, B PH Berlin
Ingrid Völcker, SB München
Paula Wachtfeichtl, Staatl. Bibl. Passau
Eduard Weber, StB München
Wilfried Weiler, LB Wiesbaden
Elisabeth Weinland, LB Stuttgart
Liselotte Wenk, SB München
Hermann Wettstein, LB Speyer
Margarete Wienges, SB Bremen
Renate Wiese, SB München
Maria Witsch, StuUB Frankfurt
Renate Zahn, LB Stuttgart
Beate Zollner, LB Karlsruhe
(Abgeschlossen: 15. 6. 1970)

Mit diesem Rundschreiben verabschiedet sich der bisherige Vorstand von den Mitgliedern des Vereins. Er hat in den vier Jahren seiner Amtsführung unendlich viel Zeit, Arbeit, Energie und Ausdauer aufgewendet, um die Interessen unseres Berufsstandes nach bestem Wissen und Können zu vertreten, weil er von der Notwendigkeit dieser berufständischen Arbeit zutiefst überzeugt ist. Er glaubt, daß er im Rahmen seiner Möglichkeiten alles getan hat, um unsere Ziele weiterzuverfolgen und das Ansehen unseres Berufsstandes zu stärken. Viele anerkennende Zuschriften von Mitgliedern haben ihn in der Überzeugung bestärkt, daß er sein Amt guten Gewissens weiterdelegieren kann. Neue Kräfte, neue Ideen, neue Initiativen sollen nun die Arbeit neu beleben. Dazu benötigt auch der neue Vorstand die tätige Mitarbeit möglichst vieler aktiver Mitglieder. Helfen Sie alle mit durch Rat und Tat im Dienste an unserer gemeinsamen guten Sache. Unseren Nachfolgern wünschen Vorstand und Geschäftsführer an dieser Stelle nochmals einen guten Start und viel Erfolg. Allen Mitgliedern sagen wir von Herzen Lebewohl.

Hugo Kaller

Eva Tiedemann

Franz Babel

Charlotte Albrecht

Diedrich Schröder